

MOTION von Willy Germann (CVP, Winterthur)

betreffend Parkplatzhandel

Der Regierungsrat wird ersucht, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit Zielparkplätze in Zonen mit hohem Verkehrsaufkommen handelbar werden.

Willy Germann

Begründung:

Immer häufiger wird bei grösseren Neubauprojekten die Parkplatzfrage zur Schicksalsfrage. In einem sich künftig noch verschärfenden Zielkonflikt stehen sich umweltpolitische und verkehrstechnische öffentliche Interessen und Renditezwänge der Investoren gegenüber.

So müssen die Planungs- und Baubewilligungsbehörden bei der Bewilligung von Zielparkplätzen (Parkplätze für den Freizeitverkehr und für Berufspendler) neben den Umweltauflagen des Bundes zunehmend auch ungenügende Strassenkapazitäten in Betracht ziehen, wenn sie nicht den Verkehrskollaps riskieren wollen.

Andererseits sind insbesondere gewerbliche Neunutzungen auf ein Mindestmass an Parkraum angewiesen.

Sinnvoll wäre deshalb, neben der Berechnung starrer Parkplatzzahlen die Möglichkeit zuzulassen, Zielparkplätze von einer Liegenschaft in eine andere umzulagern, das heisst über die bewilligte Zahl Zielparkplätze hinaus Parkraum zu schaffen, wenn dieser andernorts abgebaut wird.

Allerdings sollten solche Umlagerungsmöglichkeiten nicht staatlich gesteuert, sondern analog dem Emissionshandel (Basel) dem Markt überlassen werden.

Die Gemeinden oder der Kanton sollten für jede Zone einen Plafond für Zielparkplätze vorgeben können. Eine Zone könnte identisch sein mit einem Quartier, einem Stadtkreis oder der ganzen Gemeinde. Unterhalb dieses Plafonds sollten Zielparkplätze handelbar sein.